

Thomas, Tobias; Berger, Johannes; Graf, Nikolaus; Strohner, Ludwig

**Research Report**

## Inflationsgekoppelte Ausgabenbremse: Hebel zur Abgabenquotensenkung

Policy Note, No. 21

**Provided in Cooperation with:**

EcoAustria – Institute for Economic Research, Vienna (Austria)

*Suggested Citation:* Thomas, Tobias; Berger, Johannes; Graf, Nikolaus; Strohner, Ludwig (2017) : Inflationgekoppelte Ausgabenbremse: Hebel zur Abgabenquotensenkung, Policy Note, No. 21, EcoAustria - Institute for Economic Research, Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/227401>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

Am Heumarkt 10

A-1030 Wien

Tel.: +43 (0)1 388 55 11

[www.ecoaustria.ac.at](http://www.ecoaustria.ac.at)



Oktober 2017

## POLICY NOTE No. 21

---

# Inflationsgekoppelte Ausgabenbremse: Hebel zur Abgabenquotensenkung

---



## **Inflationsgekoppelte Ausgabenbremse: Hebel zur Abgabenquotensenkung**

*Dr. Tobias Thomas, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*DI Johannes Berger, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Mag. Nikolaus Graf, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

*Mag. Ludwig Strohner, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung*

**Oktober 2017**

### **Kurzdarstellung:**

Österreich weist im europäischen Vergleich eine sehr hohe Abgabenquote auf. Das belastet Haushalte und Unternehmen. Im Jahr 2015 lag die Abgabenquote gemäß Eurostat mit 44,4% nach Frankreich, Dänemark und Belgien an vierthöchster Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der EU28 oder der Eurozone. Die Steuerreform 2016 hat zwar die Abgabenquote etwas reduziert, dennoch liegt sie nach der jüngsten Revision von Statistik Austria mit 42,9% noch immer über den genannten Vergleichswerten. Eine Absenkung der Abgabenquote kann dann finanziert werden, wenn die öffentlichen Ausgaben langsamer als das BIP wachsen. In der Folge sinkt die Ausgabenquote und damit ergeben sich Potenziale zur Abgabenquotensenkung.

Eine Ausgabenbremse, mit der das durchschnittliche Wachstum der öffentlichen Ausgaben auf die Inflationsrate beschränkt wird, würde zum einen bedeuten, dass die Staatsausgaben durchaus weiter steigen könnten (nämlich nominell mit der Inflationsrate), zum anderen könnten manche Staatsausgaben kräftiger als die Inflationsrate wachsen, wenn dies durch ein entsprechend geringeres Wachstum anderer Ausgaben ausgeglichen würde. Durch eine solche Ausgabenbremse ab dem Jahr 2018 würden die öffentlichen Ausgaben weiterhin von etwa 189 Mrd. Euro in 2017 auf über 206 Mrd. Euro in 2022 zulegen können. Jedoch ergäbe sich unter Berücksichtigung aktueller BIP-Wachstums- und Inflationsprognosen ein Potenzial zur Reduktion der Abgabenquote von 42,9% um 4,0 Prozentpunkte auf 38,9% im Jahr 2022. Sollte mit der Ausgabenbremse das Ziel der Abgabenquotensenkung auf 40% verfolgt werden, so stünden bereits ab dem Jahr 2021 erhebliche Mittel z.B. für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oder andere Maßnahmen zur Verfügung.

Zur Absenkung der Ausgabendynamik sollten insbesondere Effizienzpotenziale bei den öffentlichen Ausgaben in den Blick genommen werden. Österreich weist in vielen öffentlichen Bereichen ein hohes Leistungsniveau auf, andere EU-Länder erreichen dieses – oder sogar ein höheres – Leistungsniveau jedoch zu wesentlich geringeren öffentlichen Ausgaben. So besteht z.B. nach dem „Social Protection Committee“ der Europäischen Union in Österreich im Bereich der Sozialpolitik ein Effizienzpotenzial von etwa 4,3 Mrd. Euro, das gehoben werden könnte, ohne dass das derzeitige Leistungsniveau abgesenkt werden muss. Auch in anderen Bereichen wie Verwaltung, Bildung oder Gesundheit sind die Aufwendungen in Österreich pro Kopf der Bevölkerung wesentlich höher als in vergleichbaren Ländern Europas. Dennoch werden im verwaltungsbezogenen World Governance-Index der Weltbank oder im bildungsbezogenen PISA-Test der OECD vergleichsweise schlechte Ergebnisse erzielt und auch beim Gesundheitsstand der Bevölkerung fällt Österreich gemessen an den gesunden Lebensjahren oder der Lebenserwartung im Vergleich zu anderen Ländern zurück.



# Inhalt

---

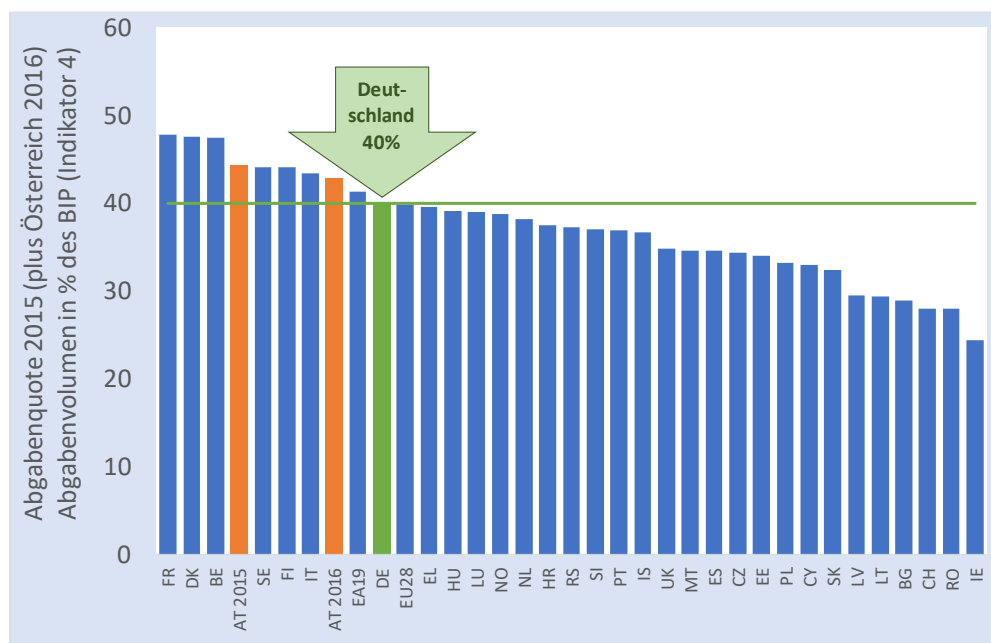
<b>1. EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
<b>2. AUSGABEN- UND ABGABENQUOTEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH.....</b>	<b>2</b>
<b>3. INFLATIONSGEKOPPELTE AUSGABENBREMSE .....</b>	<b>3</b>
<b>4. RESÜMEE .....</b>	<b>6</b>



## 1. Einleitung

Österreich weist im europäischen Vergleich eine sehr hohe Abgabenquote auf. Das belastet Haushalte und Unternehmen. Im Jahr 2015 lag die Abgabenquote gemäß Eurostat mit 44,4% nach Frankreich, Dänemark und Belgien an vierthöchster Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der EU28 oder der Eurozone. Die Steuerreform 2016 hat zwar die Abgabenquote etwas reduziert, dennoch liegt sie nach der jüngsten Revision von Statistik Austria mit 42,9% noch immer über den genannten Vergleichswerten.

Abbildung 1: Abgabenquote im EU-Vergleich



Quelle: Eurostat, Gesamteinnahmen des Staates und der EU aus Steuern und Sozialbeiträgen einschließlich unterstellter Sozialbeiträge nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist, Statistik Austria für Österreich 2016 (sog. Indikator 4).

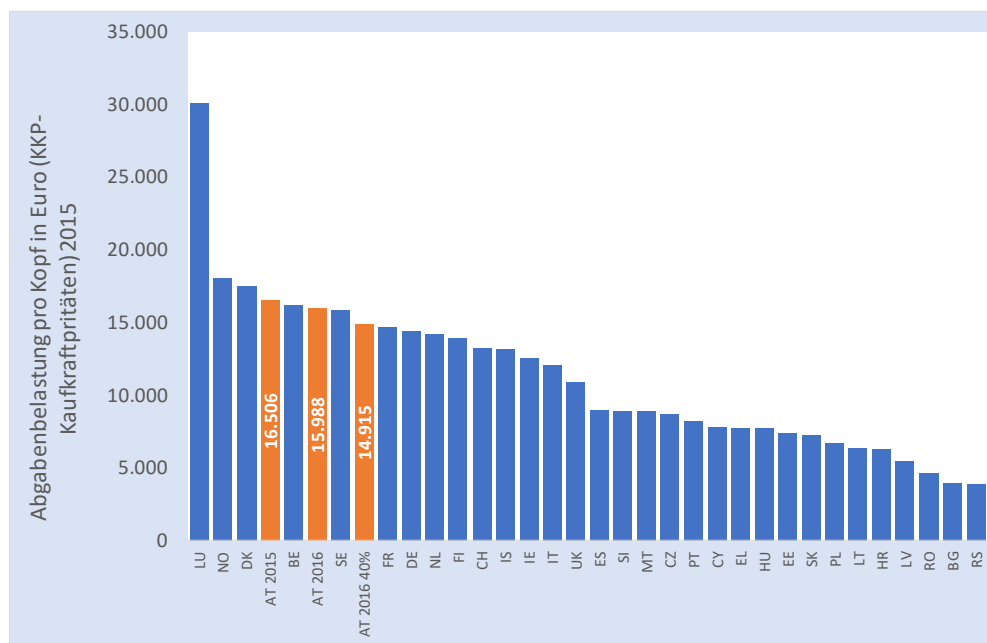
Relevant ist in diesem Zusammenhang aber nicht nur die Abgabenhöhe relativ zum BIP. Insbesondere bei der Abgabenbelastung pro Kopf der Bevölkerung nimmt Österreich im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein. Der öffentliche Sektor in Österreich hat demnach kein Einnahmenproblem: In kaum einem anderen europäischen Land führen BürgerInnen und Unternehmen mehr Abgaben an den Staat ab als in Österreich.

Um Potenziale für eine Abgabensenkung und damit mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu erreichen, ist es daher naheliegend, auf der Ausgabenseite Spielräume zu identifizieren. Bei vorgegebenem Ziel stabiler öffentlicher Finanzen, d.h. (nahezu) ausgeglichenem Budget, kann eine Reduktion der Abgabenquote nur bei gleichzeitiger Reduktion der Ausgabenquote erreicht werden. Die Ausgabenquote wiederum sinkt, wenn die Ausgaben langsamer wachsen als das BIP. Die



Abgaben- und Ausgabenquote sind entsprechend zwei Seiten einer Medaille. Nachfolgend wird ein Überblick über die Entwicklung der Ausgabenquote in Österreich und im internationalen Vergleich dargelegt und das Potenzial einer Ausgabenbremse ausgelotet.

Abbildung 2: Abgabenbelastung pro Kopf in Euro 2015 in Kaufkraftparitäten (EU28=1) im Ländervergleich



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, EcoAustria.

## 2. Ausgaben- und Abgabenquoten im internationalen Vergleich

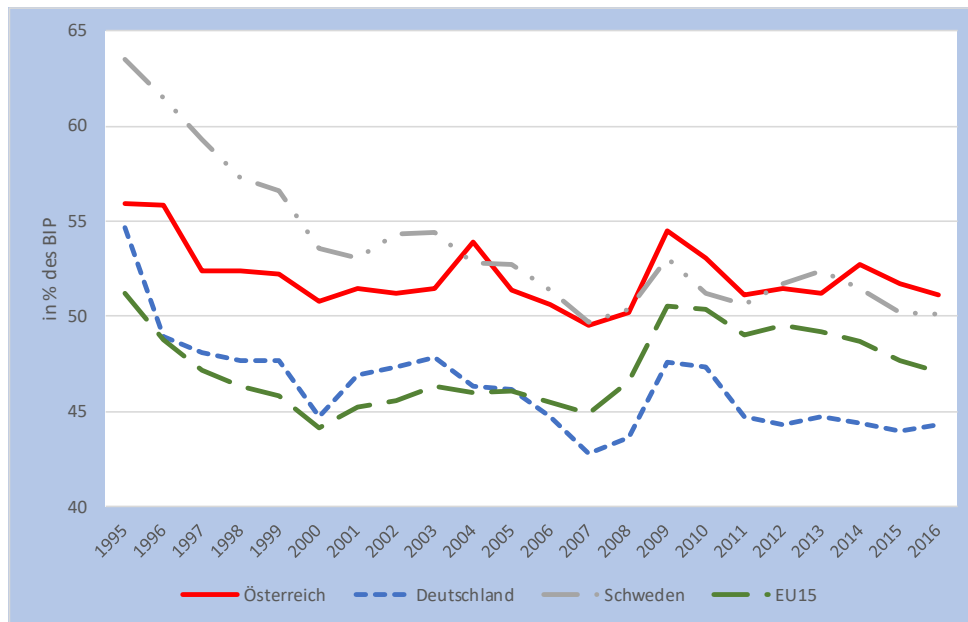
Die Entwicklung der Ausgabenquote in Österreich, Deutschland und Schweden sowie im EU15-Schnitt ist in Abbildung 3 dargestellt. Dabei sind die Ausgaben abhängig von konjunkturellen Entwicklungen, strukturellen Veränderungen, politischen Entscheidungen sowie von anderen, teilweise globalen Einflüssen, wie z.B. den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Abbildung 3 verdeutlicht, dass in Österreich die öffentliche Hand derzeit Ausgaben im Ausmaß von mehr als 50% des BIP tätigt – d.h. mehr als jeder zweite Euro wird in Österreich entweder direkt von der öffentlichen Hand, z.B. für Gehälter und Löhne, Investitionen, Zinsendienst, Vorleistungen etc., ausgegeben oder insbesondere zwischen den privaten Haushalten umverteilt. Gegenüber dem Jahr 1995 ist die Ausgabenquote zwar von 55,9% auf 50,7% des BIP zurückgegangen, jedoch liegt das Niveau noch immer deutlich über dem anderer Länder. So betrug im Jahr 2016 die Ausgabenquote in den Ländern der EU15 47,1% und somit 4 Prozentpunkte weniger als in Österreich.

Vergleicht man Österreich mit Deutschland, dann liegt die österreichische Ausgabenquote knapp 7 Prozentpunkte höher. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 1995 die Ausgabenquote auch in Deutschland mit knapp 55% noch auf beträchtlich höherem Niveau als heute lag. Seitdem wurde die

Ausgabenquote in Deutschland beträchtlich reduziert. In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung in Schweden interessant. Betrug die Ausgabenquote in Schweden im Jahr 1995 noch knapp 64 Prozent des BIP, so ist in den folgenden 10 Jahren eine Reduktion auf das österreichische Niveau und damit eine Absenkung von mehr als 10 Prozentpunkten erreicht worden. Im Jahr 2007, dem Jahr vor der Krise, wurde eine Ausgabenquote von unter 50% erreicht. Dies ermöglichte auch den notwendigen Spielraum zur Senkung der Abgabenquote.

Abbildung 3: Ausgabenquote in Österreich, Deutschland, Schweden und EU15 im Zeitverlauf



Quelle: Eurostat.

### 3. Inflationsgekoppelte Ausgabenbremse

Eine Absenkung der Abgabenquote kann dann finanziert werden, wenn die Ausgaben langsamer als das BIP wachsen. In der Folge sinkt die Ausgabenquote und damit ergeben sich Potenziale zur Abgabenquotensenkung. Eine Möglichkeit besteht darin, eine Ausgabenbremse zu implementieren, mit der das durchschnittliche Wachstum der Ausgaben ab dem Jahr 2018 auf die Inflationsrate beschränkt wird. Zum einen bedeutet das, dass die Staatsausgaben durchaus weiter steigen würden (nämlich nominell mit der Inflationsrate). Zum anderen könnten durchaus manche Staatsausgaben kräftiger als die Inflationsrate wachsen, falls dies durch ein entsprechend niedrigeres Wachstum bei anderen Ausgaben kompensiert würde.

In der folgenden Berechnung wird das Potenzial einer inflationsgekoppelten Ausgabenbremse für eine Abgabenquotensenkung ermittelt.<sup>1</sup> Dabei wird von der Kurzfristprognose des WIFO vom

<sup>1</sup> Dabei ist im Auge zu behalten, dass unterschiedliche Ausgabenposten unterschiedlichen Voraussetzungen bedürfen, um das Wachstum der Ausgaben zu reduzieren. Je nach Art der öffentlichen Ausgaben wären hierzu Gesetzesänderungen, Änderungen langlaufender Verträge, ein beträchtliches Maß an Verhandlungsstärke bzw. Budgetdisziplin notwendig.

September 2017 ausgegangen. Demnach beträgt das reale Wachstum in den Jahren 2017 und 2018 2,8%. Die Inflation beträgt 2017 1,9% und 2018 1,8%. Im weiteren Verlauf wird das reale Wirtschaftswachstum entsprechend der Mittelfristprognose des WIFO zum Stabilitätsprogramm bis 2021 mit 1,7% bzw. 1,6% angenommen, die Inflation zwischen 1,7% und 1,8%. Der letzte Wert für 2021 wird in der hiesigen Berechnung noch ein Jahr bis 2022 fortgeschrieben.

In diesem Szenario beträgt das nominelle BIP im Jahr 2017 370,1 Mrd. Euro, die Staatsausgaben machen bei einer Ausgabenquote von 50,7% 189,1 Mrd. Euro aus. Wenn ab 2018 die Ausgabenbremse greift und das durchschnittliche Ausgabenwachstum an die Inflationsrate gekoppelt wird, dann würden die öffentlichen Ausgaben weiterhin steigen und zwar von etwa 189 Mrd. Euro in 2017 auf über 206 Mrd. Euro in 2022. Die Ausgabenquote würde hingegen von 50,7% im Jahr 2017 um 4 Prozentpunkte auf 46,7% im Jahr 2022 zurückgehen. Würde diese Reduktion der Ausgabenquote vollständig für eine Reduktion der Abgabenquote eingesetzt, dann ermöglicht dies eine Absenkung der Abgaben von 42,9% im Jahr 2017 um 4 Prozentpunkte auf 38,9% im Jahr 2022. Sollte mit der inflationsgekoppelten Ausgabenbremse das Ziel der Abgabenquotensenkung auf 40% verfolgt werden, so stünden bereits im Jahr 2021 zusätzliche Mittel für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Verfügung. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 und Abbildung 4 dargestellt.

*Tabelle 1: Entwicklung der Ausgabenquote bei Ausgabenbremse mit Inflationsanker*

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022 <sup>(3)</sup>
Wachstum BIP real in % <sup>(1)</sup>		2,8	2,8	1,7	1,6	1,6	1,6
Wachstum BIP nom. in % <sup>(1)</sup>				3,3	3,4	3,4	3,4
Inflation in % <sup>(1)</sup>		1,9	1,8	1,7	1,8	1,8	1,8
BIP nominell in Mrd. Euro <sup>(1)</sup>	353,3	370,1	387,7	400,5	414,1	428,2	442,8
Staatsausgaben in Mrd. Euro <sup>(2)</sup>	180,5	189,1	192,5	195,8	199,3	202,9	206,6
Ausgabenquote in % des BIP <sup>(4)</sup>	50,7	50,7	49,7	48,9	48,1	47,4	46,7
Abgabenquote in % des BIP <sup>(4)</sup>	42,9	42,9	41,9	41,1	40,3	39,6	38,9

<sup>(1)</sup> 2017/2018 gem. WIFO Prognose vom 29. September 2017, 2019 bis 2021 gem. Stabilitätsprogramm vom April 2017 auf Basis der WIFO Mittelfristprognose 2017 bis 2021.

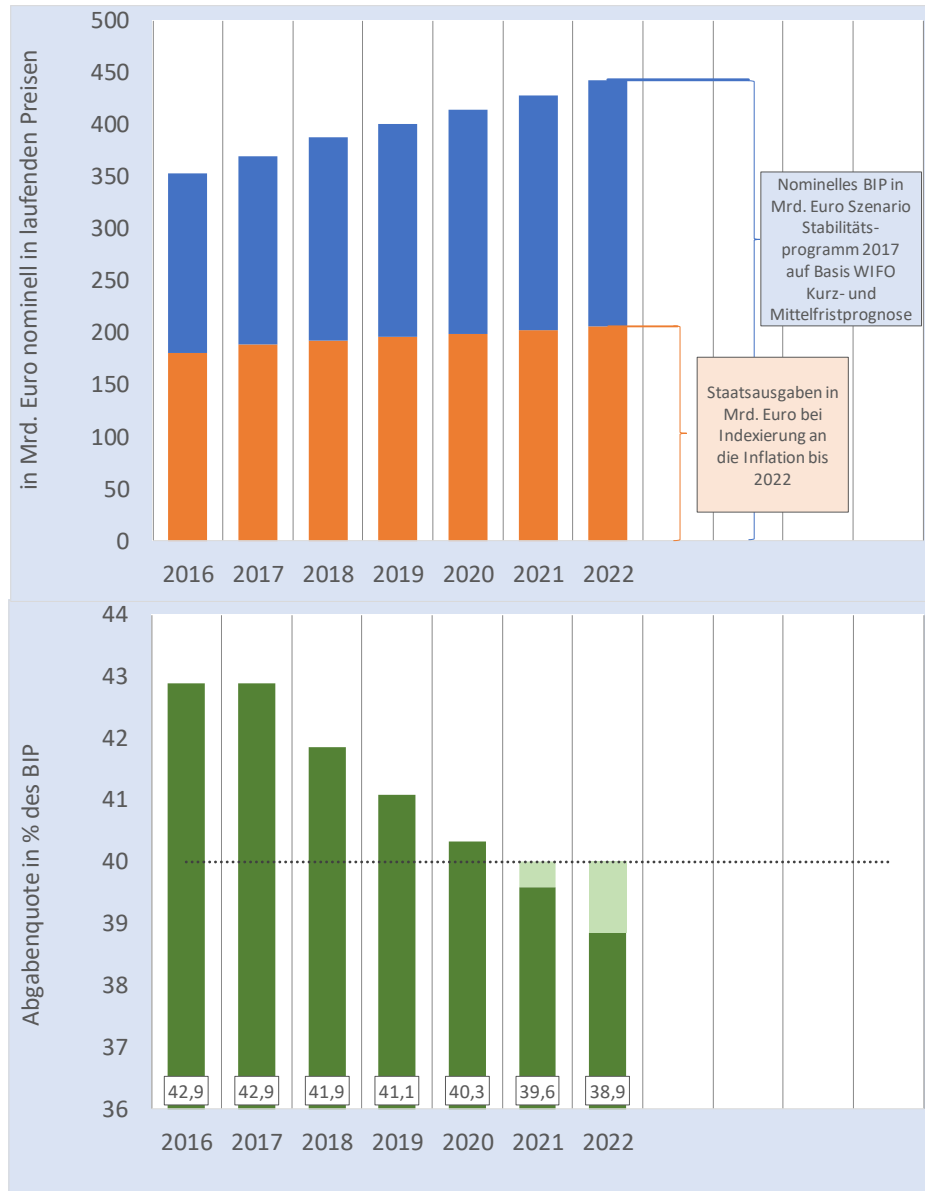
<sup>(2)</sup> 2016 und 2017 mit 51,1% des BIP, ab 2018 gemäß Inflationsrate.

<sup>(3)</sup> Fortschreibung der Wachstumsrate und Inflationsrate 2021.

<sup>(4)</sup> Werte für 2017 aus 2016 fortgeschrieben.

Quelle: EcoAustria auf Grundlage von WIFO und Statistik Austria.

Abbildung 4: Ausgabenbremse mit Inflationsanker: Potenziale zur Abgabenquotensenkung



Quelle: EcoAustria

## 4. Resümee

Österreich weist im europäischen Vergleich eine sehr hohe Abgabenquote auf. Das belastet Haushalte und Unternehmen. Im Jahr 2015 lag die Abgabenquote gemäß Eurostat mit 44,4% nach Frankreich, Dänemark und Belgien an vierthöchster Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der EU28 oder der Eurozone. Die Steuerreform 2016 hat zwar die Abgabenquote etwas reduziert, dennoch liegt sie nach der jüngsten Revision von Statistik Austria mit 42,9% noch immer über den genannten Vergleichswerten. Eine Absenkung der Abgabenquote kann dann finanziert werden, wenn die öffentlichen Ausgaben langsamer als das BIP wachsen. In der Folge sinkt die Ausgabenquote und damit ergeben sich Potenziale zur Abgabenquotensenkung.

Eine Ausgabenbremse, mit der das durchschnittliche Wachstum der öffentlichen Ausgaben auf die Inflationsrate beschränkt wird, würde zum einen bedeuten, dass die Staatsausgaben durchaus weiter steigen könnten (nämlich nominell mit der Inflationsrate), zum anderen könnten manche Staatsausgaben kräftiger als die Inflationsrate wachsen, wenn dies durch ein entsprechend geringeres Wachstum anderer Ausgaben ausgeglichen würde. Durch eine solche Ausgabenbremse ab dem Jahr 2018 würden die öffentlichen Ausgaben weiterhin von etwa 189 Mrd. Euro in 2017 auf über 206 Mrd. Euro in 2022 zulegen können. Jedoch ergäbe sich unter Berücksichtigung aktueller BIP-Wachstums- und Inflationsprognosen ein Potenzial zur Reduktion der Abgabenquote von 42,9% um 4,0 Prozentpunkte auf 38,9% im Jahr 2022. Sollte mit der Ausgabenbremse das Ziel der Abgabenquotensenkung auf 40% verfolgt werden, so stünden bereits im Jahr 2021 zusätzliche Mittel z.B. für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oder andere Maßnahmen zur Verfügung.

Zur Absenkung der Ausgabendynamik sollten insbesondere Effizienzpotenziale bei den öffentlichen Ausgaben in den Blick genommen werden. Österreich weist in vielen öffentlichen Bereichen ein hohes Leistungsniveau auf, andere EU-Länder erreichen dieses – oder sogar ein höheres – Leistungsniveau jedoch zu wesentlich geringeren öffentlichen Ausgaben. So besteht z.B. nach dem „Social Protection Committee“ der Europäischen Union in Österreich im Bereich der Sozialpolitik ein Effizienzpotenzial von etwa 4,3 Mrd. Euro, das gehoben werden könnte, ohne dass das derzeitige Leistungsniveau abgesenkt werden muss. Auch in anderen Bereichen wie Verwaltung, Bildung oder Gesundheit sind die Aufwendungen in Österreich pro Kopf der Bevölkerung wesentlich höher als in vergleichbaren Ländern Europas. Dennoch werden im verwaltungsbezogenen World Governance-Index der Weltbank oder im bildungsbezogenen PISA-Test der OECD vergleichsweise schlechte Ergebnisse erzielt und auch beim Gesundheitsstand der Bevölkerung fällt Österreich gemessen an den gesunden Lebensjahren oder der Lebenserwartung im Vergleich zu anderen Ländern zurück.<sup>23</sup>

---

<sup>2</sup> Siehe EcoAustria-Policy Note No. 20 „Staatsausgaben in Österreich: Effizienzpotenziale nutzen, Leistungsniveau erhalten“